

SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/126

6. Juli 1976

Zur Sommerzeit keine besonderen Vorkommnisse

Der Aufschwung liefert stabile Werte - Bemerkungen
zu den Arbeitsmarktdaten des Juni

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

SED präsentiert sich "typisch deutsch"

Die DDR übt sich wieder im Schattenboxen an der
deutsch-deutschen Grenze.

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen
des Bundestages

Seite 3 / 38 Zeilen

Dr. Helmut Kohl ist jetzt gefragt

Zur neuen Aeuferung des Strauß-Heubl-Skandals

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. SPD-Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 4 / 24 Zeilen

Wahlplattform? Nur eine platte Form!

Die Anpassung Helmut Kohls an Franz Josef Strauß

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 22 80 37 - 39

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Zur Sommerzeit keine besonderen Vorkommnisse

Der Aufschwung liefert stabile Werte - Bemerkungen zu
den Arbeitsmarktdaten des Juni

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Selbst die Experten der Bundesanstalt für Arbeit waren überrascht, als ihr Computer die Arbeitsmarktdaten des Juni ausspuckte: 921.000 Arbeitslose, das sind 32.500 weniger als Ende Mai. Neue Quote: 4,0 vH. Allgemein war erwartet worden, daß man im Juli unter die 900.000er Grenze kommen werde, denn die Zahl der Leistungsempfänger war auf 50.000 zurückgegangen. Schnell kam man aber dahinter, warum das neue Etappenziel nicht erreicht werden konnte. In den nördlichen Bundesländern begannen die Sommerferien. Die Jugendlichen, die das Schulentlaßzeugnis in der Hand hatten, meldeten sich bei den Arbeitsämtern. In den Personalbüros herrschte Urlaubs- und Neueinstellungsgestimmung.

Präsident Stingel von der Bundesanstalt für Arbeit trägt auch jetzt weiter Optimismus zur Schau: "Die konjunkturellen Auftriebskräfte auf dem Arbeitsmarkt halten an". Dem Präsidenten ist beizupflichten, denn die Daten beweisen es. Auffälligste Erscheinung: Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich wiederum um 12,8 vH verringert und liegt jetzt bei 218.100. Die Zahl der Neuanmeldungen von Kurzarbeit im Monat Juli ist nahezu um die Hälfte zurückgegangen. Und der Bestand an offenen Stellen ist auf 280.800 angewachsen, und liegt somit um 11,2 vH über dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Zieht man gleichzeitig in Betracht, daß im Monat Juni rund 250.000 Stellungsuchende vermittelt werden konnten, dann rundet sich das optimistische Bild auf eindrucksvolle Weise ab.

Konjunkturbegünstigte Branchen waren auch im Juni die Metall- und Elektrikerberufe (Abnahme der Arbeitslosen um 6,2 vH gegenüber dem Vormonat), das Baugewerbe (minus 16,8 vH) und selbst die Textil- und Bekleidungsindustrie konnte noch mit einem Rückgang von 1,8 vH aufwarten. Dagegen kommt die Stabilisierung bei den Büro- und Verwaltungsberufen, bei den Warenkaufleuten langsam voran. Hier gab es nur einen geringfügigen Rückgang um 1,3 vH auf nunmehr 240.200. Das Angebot an offenen Stellen vermindert sich um 2,3 vH auf nunmehr 46.000. Diese Sonderentwicklung bereitet den Arbeitsplatzex-

perten Kopfzerbrechen. Die Rationalisierungswelle in den Büros und Verwaltungen läuft offensichtlich mit unverminderter Intensität.

Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen wurde weiter abgebaut. Sie liegt bei 3,5 vH und damit wiederum deutlich unter der Gesamtquote. Männliche Arbeitslose sind vom Aufschwung begünstigt (Arbeitslosenquote 3,3 vH), Frauen nach wie vor benachteiligt (neue Quote 5,3 vH). Von den nunmehr 446.300 stellungssuchenden Frauen sind allerdings 155.400 ausschließlich an einer Vollzeitbeschäftigung interessiert, und die kann von den Arbeitgebern nicht nachgewiesen werden.

Bleibt noch die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung zu erwähnen. Hier wurden im Juni 90.000 Arbeitslose registriert. Die neue Quote liegt mit 4,1 vH nur noch unwesentlich über der Gesamtziffer. Ein deutliches Indiz dafür, daß auch jetzt auf dem Arbeitsmarkt eine ganze Reihe von Tätigkeiten für den deutschen Stellungssuchenden nicht interessant sind und deshalb den ausländischen Kollegen eine Arbeitschance bieten.

Nimmt man den Zahlenwert des Juni, dann kann man nicht mehr länger übersehen, daß die Arbeitsmarktdaten leider immer noch nur von sehr begrenzter Aussagefähigkeit sind. Zuerst einmal fällt auf, daß der Anteil der Leistungsempfänger - also der Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe - an der Gesamtzahl der Stellungssuchenden weiter gesunken ist; sie liegt jetzt bei 65 vH. Niemand vermag zur Stunde zu sagen, wie viele der gemeldeten Arbeitslosen tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Erfahrungswerte sprechen dafür, daß dies weniger als zwei Drittel der registrierten sind. Niemand kann aber auch zuverlässig quantifizieren, wie viele Stellungssuchende durch die Kunde vom Aufschwung aus der "stillen Reserve" gelockt wurden und sich erneut beim Arbeitsamt gemeldet haben. Es gibt zu viele weiße Flecken in der Statistik. Hier wird man in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages zu einer vernünftigen Reform kommen müssen. Bei dieser Gelegenheit müßte auch die merkwürdige Tatsache aufgeklärt werden, daß an den Erhebungstagen der Abgang an Leistungsempfängern deutlich gebremst ist, nach der Erhebung aber sprunghaft ansteigt, teilweise im Verhältnis von 1.000 zu 4.000 pro Tag.

Wollte man den derzeitigen Zustand und die Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt analysieren, dann käme man kaum umhin, die sommerliche Trägheit zu erwähnen. Die Urlaubsbestimmung, die auch die Zahlen des Juni noch beeinflussen dürften, machen sich bemerkbar. Bei langsamerem Abbau an Arbeitslosen steigen die Intensität der geleisteten produktiven Arbeit beträchtlich. Weniger Kurzarbeit und mehr Überstunden werden geleistet. Letztere aber sind von keiner Statistik erfaßt. Leider scheinen die Appelle von Bundesarbeitsminister Walter Arendt, solidarisches Verhalten zu Gunsten der noch nicht wieder in Arbeit stehenden zu beweisen, noch nicht das wünschenswerte Echo gefunden zu haben. Hier muß noch eine Menge Überzeugungsarbeit in den Betrieben und bei den Unternehmen geleistet werden, will man die Lücke der Gesetzgebung vermeiden.

Die Lage im Juni könnte bildhaft so umschrieben werden: Bei hochsommerlichen Temperaturen keine besonderen Vorkommnisse. Der Aufschwung kreuzt im mäßigen Tempo auf dem Konjunktursee und wartet auf die nächste Brise. Die Mannschaft ist optimistisch, der Kapitän kann es auch sein. Es besteht kein Anlaß, die Hilfsmotore einzuschalten. (=/6.7.1976/va/pr)

SED präsentiert sich "typisch deutsch"

Die DDR übt sich wieder im Schattenboxen an der deutsch-deutschen Grenze

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Reisende im kleinen Grenzverkehr und Reisende, die sonst in die DDR fahren, berichteten, die Grenzorgane der DDR verlangten bei der Ausfüllung von Kontrollkarten und Kontrolllisten an den Grenzübergängen, daß die Besucher der DDR aus der Bundesrepublik zur Bezeichnung der Staatsangehörigkeit nicht mehr das Wort "deutsch" verwenden dürfen. Sie sollen ihre Staatsangehörigkeit mit dem Kürzel "BRD" angeben. Man ging sogar so weit, die Felder für die Staatsangehörigkeit derart einzugrenzen, daß das Wort "deutsch" nicht hineinpaßt. Andere DDR-Besucher beobachteten, daß die DDR-Grenzer das Wort "deutsch" zur Staatsangehörigkeitsbezeichnung durchstrichen und "BRD" darübergeschrieben.

Der Bildersturm gegen alles gemeinsam "Deutsche" wird also fortgesetzt - hier auf denkbar kleinlichste Weise -, obwohl Beobachter vom letzten SED-Parteitag zu berichten wußten, daß selbst dieser Kreis auserlesener Funktionäre nur mit betretenem Schweigen reagierte, als der Generalsekretär Erich Honecker in seiner Rede von der neu entstandenen "sozialistischen Nation" sprach und jeden Zusammenhang dieser "Nation" mit den Westdeutschen leugnete. Das aber, was jetzt an der Grenze geschieht, ist so typisch deutsch, wie es deutscher nun wirklich nicht sein könnte.

Man wirft ja nicht ganz zu Unrecht den Deutschen vor, daß sie alles was sie machen, besonders wenn es um Ideologie geht, hundertprozentig und völlig humorlos tun. Das aber, was die DDR-Grenzer treiben, ist zudem noch ein ausgesprochenes Schildbürgerstreich. Die Kontrollkarten, die ausgefüllt werden, dienen ja nur zur Verwendung ausschließlich im inneren Bereich der DDR. Die durchgestrichenen Karten bringen die DDR-Staatsführung daher mit dieser Maßnahme ihrem Ziel, die gemeinsame Nation aus dem Gedächtnis zu streichen, um keinen Schritt weiter. Es sei denn, man glaubt damit die Grenzer ganz davon zu überzeugen, aber denen hämmert man ja die Thesen der SED-Führung in ihrem Polit-Unterricht nahezu täglich ein. Die Arbeit, die man ihnen mit den Karten-Spielen aufbürdet, läßt sie beispielsweise eher noch störrisch gegen den Staat werden, statt Sympathien für seine Thesen zu gewinnen.

Alles in allem also eine typisch deutsche Maßnahme: Man meint, daß nicht sein kann, was nicht sein darf und glaubt, die Spaltung der Nation par ordre du Mufti verordnen zu können. Wie schwer muß den SED-Führern doch dieses Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen im Magen liegen, wenn sie so törricht und andauernd dagegen anrennen! Wie weiland Don Quichotte gegen die Windmühlenflügel aber der hatte wenigstens seinen eigenen skurilen Humor...
(-/6.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Dr. Helmut Kohl ist jetzt gefragt !

Zur neuen Ausuferung des Strauß-Heubl-Skandals

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. SPD-Sprecher des SPD-Vorstandes

Der Strauß-Skandal um seinen Stellvertreter im Parteivorstand, CSU-Landesminister Dr. Franz Heubl, nimmt Ausmaße an, die nun endlich auch von dem ängstlichen Schweiger aus Mainz, der so gern Herausforderer sein will, eine klare Antwort verlangen würden. Wenn der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl noch über ein wenig Selbstachtung verfügte, müsste er jetzt klar sagen, was er von den Gestapo-Methoden seines selbstherrlichen Zuchtmeisters hält, zumal dieser, wie in der "Frankfurter Rundschau" nachzulesen, bereits den perennierenden Kontakt eines CSU-Mitarbeiters zu dem ehemaligen CDU-Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel als "nachrichtendienstliche Arbeit für die falsche Seite" denunziert hat.

Wenn Kohl nicht Kohl wäre, müsste er jetzt kategorisch Aufklärung über folgende Fragen verlangen:

1/ Werden auch die führenden Politiker der CDU von geheimdienstlich agierenden "Agenten" der CSU überwacht und bespitzelt?

2/ Hat die CSU-Landesleitung auch über Politiker der CDU geheime Dossiers anlegen lassen?

3/ Wenn ja, fließen in diese Dossiers auch Erkenntnisse deutscher Geheimdienste ein?

4/ Sollte dann nicht der CSU-Vorsitzende Strauß vor dem Vertrauensmänner-Gremium des Bundestages gegebenenfalls über ein solches Zusammenspiel Auskunft geben müssen, damit - falls es Beamte gibt, die derart skandalöse "Zuarbeit" für die CSU leisten - diese Beamten zur Rechenschaft gezogen werden können?

Dr. Helmut Kohl ist jetzt gefragt!

(-/6.7.1976/vs/e/pr)

+ + +

Wahlplattform? Nur eine platte Form!

Die Anpassung Helmut Kohle an Franz Josef Strauß

Seit dem Münchener CSU-Parteitag gibt es eine einstimmige Wahlausage der Unions-Parteien: die sogenannte Wahlplattform. Einmütig verabschiedeten die Delegierten das 33seitige Papier, in dem nach den Worten von Franz-Josef Strauß "auch meine Handschrift ja an einigen Stellen nicht zu übersehen ist."

Der CSU-Chef hat recht: Unschwer sind jene Textpassagen auszumachen, die der CSU-Vorsitzende noch kurz vor Redaktionsechluß in das sogenannte Wahlprogramm der CDU/CSU diktierte.

Während der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf noch in der CDU-Fassung des Programms "blinden Pragmatismus ohne Perspektiven" geißelte, ließ Strauß diesen Satz streichen und dafür einrücken: "Laßt uns zurückkehren zu einer an der Erfahrung und Wirklichkeit ausgerichteten Politik...!" Wünschte sich die CDU "Kraft und Entschlossenheit" in der Politik, fordert die CSU nachträglich im gleichen Satz "aber auch Leistung und Anstrengung"; vom Volk versteht sich!

Es lohnt sich nun wirklich nicht, die satteam bekannte Sonthofener Gespensterlyrik im einzelnen zu analysieren. Viel wichtiger ist festzuhalten, was da alles auf Befehl des Vorsitzenden der CSU gestrichen werden mußte. War die "Neue soziale Frage" noch im Sommer 1975 das Kernstück der Mannheimer CDU-Erklärung, so ist dieses Erzeugnis der Biedenköpfchen "Sprachfabrikation" nun zu einer dreizeiligen neuen sozialen Phrase verkümmert. Die Sozialpolitik insgesamt wird nach dem CSU-Kahlschlag nur noch auf ganzen zwei Seiten behandelt. Dagegen nehmen die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik den größten Raum ein: Ihnen sind 25 v. H. des sogenannten Maßnahmen-Kataloge gewidmet.

Es versteht sich von selbst, daß auch die Garnierung, das Erziehungsgeld und der Investivlohn, verschwinden muß. Die Partnerrente wurde

zu einer "denkbaren Möglichkeit" erklärt. Niemand wird es überraschen, daß Franz Josef Strauß, der unser soziales Netz mit "sozialer Gratifikation" etikettiert, die CDU/CSU davon befreit, weiter ernsthaft über soziale Politik nachzudenken. Sorge bereitet nur, wie kritiklos die CDU das alles hinnimmt.

Dafür liest man umso mehr: "Wir wollen das Glück des Menschen", und anderwärts wird gefordert "Wir wollen Eigentum für alle". Und schließlich die profunde Erkenntnis: "Verkehr ermöglicht die Begegnung von Menschen und den Austausch von Gütern". Ein Füllhorn mit schönen Absichtserklärungen. Die jeder unterschreiben kann. Wer wollte dies alles nicht? Über Fragen, wie das verwirklicht werden soll, findet sich kein konkreter Satz. In der CDU/CSU-Plattform wird Sprache als Nebelwerfer eingesetzt. Täuschung wird damit wiederum zum Prinzip politischen Handelns erhoben.

Ein Beispiel dazu. Seite 29: "Wir werden dafür sorgen, daß Bundesbahn und Bundespost wirtschaftlicher geführt werden". Seite 19: "Der ländliche Raum darf durch Streckenstilllegungen nicht vom Verkehrsfluß abgeschnitten werden". Zu Zeiten Ludwig Erhards kommentierte man diese Verfahrensweise mit: "Nageln sie mal einen Pudding an die Wand".

Fazit: Der Kanzlerkandidat der Union darf dank der CSU weder in der Wahlkampfplattform Auskunft darüber geben, was er zwischen 1976 und 1980 an konkreter Politik zu leisten bereit wäre, noch ist es es ihm erlaubt, mit personellen Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten; im September vielleicht. Man kann deshalb nur feststellen; eine CDU-Alternative '76" gibt es nicht. Sie existiert weder inhaltlich noch personell. Es gibt bis jetzt nur eines, und das ist die Formel, mit der Franz Josef Strauß unsere Bevölkerung in zwei Hälften zu zerreißen gedenkt.

(-/6.7.1976/mie/e/pr)

+ + +